

Gefährliche Lust im Lockdown

Sucht Keine Schule, Stress in der Familie: Kinder und Jugendliche greifen in der Corona-Krise vermehrt zu Drogen wie Cannabis oder verbringen zu viel Zeit am Computer. Eine Therapeutin gibt Tipps, wie Eltern damit umgehen sollten.

Von Louisa Theresa Braun



Die Corona-konforme Freizeitbeschäftigung, mit Freundinnen und Freunden draußen spazieren zu gehen, birgt für Kinder und Jugendliche, vor allem in Berlin, auch eine Gefahr – oder eine Versuchung: Sie werden von Dealern angesprochen, die ihnen Drogen wie Cannabis verkaufen wollen. „Viele Jugendliche haben das Bedürfnis, Dinge auszuprobieren, auch Grenzen zu überschreiten, gerade wenn sie am nächsten Tag nicht früh aufstehen müssen“, sagt Katrin Petermann, Psychotherapeutin bei der Fachstelle für Suchtprävention in Berlin.

Der Konsum von Cannabis hat in der Corona-Pandemie deutlich zugenommen. Laut einer Studie der Kaufmännischen Krankenkasse (KKH) raucht jeder dritte 16- bis 29-Jährige in der Krise mehr, darunter auch illegale Drogen wie Haschisch oder Marihuana. Für Eltern, die sich und ihre Kinder über problematischen Konsum beraten lassen wollen, hat Anfang 2020 die Berliner Präventionspraxis „Raus aus der Grauzone“ der Fachpraxis für Suchtprävention neu eröffnet.

Naivität in Beziehungen

Viele Eltern berichten, dass ihre Kinder im Lockdown in eine Art Ferienmodus fallen und der „Experimentierkonsum“ zunehme, sagt Petermann. Aber auch bereits bestehender Konsum werde durch die Belastungen der Krise, wie Homeoffice der Eltern verstärkt. Laut einer Studie der DAK-Gesundheit fühlen sich 32 Prozent der Eltern oft gestresst und geben an, dass sich auch das

Befinden ihrer Kinder verschlechtert hat.

„Das Gefährliche an Cannabis ist, dass junge Menschen sich dadurch beschwerdefrei fühlen, ihnen alles egal wird. Sie tragen Konflikte nicht mehr aus und lernen dadurch ganz viele Dinge nicht, die für Entwicklungsprozesse wichtig sind“, sagt Petermann. In Therapien werde häufig deutlich, dass Jugendliche, die früh angefangen haben, Cannabis zu konsumieren, in ganz vielen Lebensbereichen sehr naiv seien, zum Beispiel in zwischenmenschlichen Beziehungen.

„Das Problem vieler Eltern ist, dass sie selbst keine Erfahrung mit Cannabis haben.“

Zehn Prozent der Konsumentinnen und Konsumenten entwickle eine cannabisbezogene Störung wie Abhängigkeit, Entwicklungsverzögerungen, soziale Phobien, aber auch Depressionen. Je früher sie mit dem Konsum begonnen haben und je häufiger sie zu Cannabis greifen, desto größer sei die Gefahr.

Das Problem vieler Eltern sei, dass sie selbst keine Erfahrung mit Cannabis hätten. Petermann rät dazu, Kinder unbedingt auf den möglichen Konsum anzusprechen, ohne sie jedoch verhöhren oder kontrollieren zu wollen. „Eltern sollten eine klare Haltung zeigen, ihren Kindern verständlich machen, dass sie den Konsum nicht akzeptieren, weil sie ihre

Kinder lieben und ihnen zeigen, dass sie sie unterstützen“, sagt sie. Manche Eltern hätten Angst, ihre Kinder damit erst auf die Idee zu bringen, Drogen auszuprobieren.

Die Erfahrung zeige jedoch, dass Jugendliche zurückhalten, wenn sie wissen, dass es ihre Eltern stört. „Eltern sollten auch nicht cool oder lässig rüberkommen wollen. Jugendliche respektieren Eltern, wenn sie ihren Elternjob machen.“ Am besten sei es, die Kinder sogar schon über die Gefahren von Drogen aufzuklären, bevor ein Konsum-Verdacht besteht. Dann könne ein Gespräch in besserer Stimmung geführt werden.

Petermann fände es hilfreich, wenn Cannabis legalisiert würde. Bisher sind Haschisch und Marihuana zwar verboten, aber dennoch leicht zu bekommen. Vor allem in Berlin gebe es viele Dealer, die auch Jugendliche ansprechen. „Berlin ist die Kiffer-Hauptstadt“, sagt Petermann. Der Konsum werde also nicht verhindert.

Der Handel und der Besitz einer gewissen Menge von Cannabis werden aufgrund des Verbots zwar mit viel Geld strafrechtlich verfolgt – das man laut Petermann jedoch besser in Präventions- oder Hilfsmaßnahmen stecken sollte, die eher dazu führen würden, Drogenkonsum einzudämmen. Wenn Cannabis offiziell verkauft werden dürfte, könnte der Handel außerdem viel besser kontrolliert werden. Jugendliche würden zum Beispiel,

In Berlin bekommen Kinder und Jugendliche häufig Drogen wie Cannabis im Park angeboten. Der Konsum birgt Gefahren.

Foto: Oliver Berg/dpa

ähnlich wie beim Kauf von Alkohol im Supermarkt, ihre Ausweise vorzeigen müssen.

Noch häufiger als wegen Cannabis würden Eltern sich jedoch aufgrund problematischen Medienkonsums ihrer Kinder an die Präventionspraxis wenden. Auch das habe die Corona-Pandemie verstärkt, da Eltern bislang geltende Zeitbegrenzungen für die PC-Nutzung angesichts von Homeschooling und wenig anderen Beschäftigungsmöglichkeiten aufheben mussten. Laut der KKH-Studie berichten 95 Prozent der Eltern, dass ihre Kinder mehr Zeit mit den digitalen Medien verbringen, und in 85 Prozent der Familien gebe es deswegen Streit.

Auch Computerspiele und soziale Medien können zur Sucht werden, da Erfolg in einem Spiel oder „Likes“ unter einem Instagram-Post Belohnungsmechanismen des Gehirns aktivieren. Der beste Rat dagegen sei: „Es muss wieder Regeln geben, wenn auch an die Lockdown-Situation angepasste Regeln. Denn Regellosigkeit geht oft mit Strukturlosigkeit einher“, sagt Petermann. Viele Eltern fehle vor lauter Homeoffice-Terminen die Zeit, mit ihren Kindern zusammen zu essen. Mindestens eine gemeinsame Mahlzeit am Tag sei für ein gesundes Familienklima eine der wichtigsten Grundlagen.



FOTO: CLAUDIO CRUZ/AFAP

Anzeichen für Konsum von Cannabis

Dass Kinder womöglich unter Cannabis-Einfluss stehen, könnten Eltern daran bemerken, dass sie albern oder desorientiert wirken, große Pupillen und großen Hunger haben, sagt Katrin Petermann. Außerdem sei der Geruch natürlich sehr auffällig.

Langfristige Auswirkungen könnten schlechtere Leistungen in der Schule sein oder dass das Taschengeld knapp wird – Cannabis sei schließlich nicht billig. ltb

Lebenslange Haft für Mord an Schülerin

Urteil Einschlägig vorbestrafter Mann hatte 15-Jährige vergewaltigt und getötet – haben auch Behörden versagt?

Berlin. Mutter und Schwester seines Opfers saßen dem Angeklagten auch am letzten Prozesstag gegenüber: Knapp acht Monate nach dem gewaltsamen Tod eines 15-jährigen Mädchens in Berlin ist der Mann zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Der 42-Jährige sei des Mordes und der Vergewaltigung schuldig, begründete das Landgericht der Hauptstadt am Dienstag. Mit Gewalt habe er auf einer Brücke an der Rummelsburger Bucht sein sexuelles Verlangen durchgesetzt und das Mädchen anschließend aus Verdeckungsabsicht erwürgt. Es war eine verhängnisvolle Begegnung. Die Schülerin kam in der Nacht zum 5. August 2020 von einem Treffen mit Freundinnen. Sie hatten Geburtstag gefeiert, auch Alkohol getrunken. Auf dem S-Bahnhof Ostkreuz traf sie auf den fremden Mann, begleitete ihn wohl zunächst freiwillig. „Die Sache kippte dann in eine Richtung, die das Mädchen nicht wollte“, so der Vorsitzende Richter Matthias Schertz.

Der Angeklagte ist bereits mehrfach strafrechtlich in Erscheinung getreten. In einem Verfahren wegen Vergewaltigung einer 68 Jahre alten Frau war er 2001 wegen Schuldenfähigkeit aufgrund einer schweren Persönlichkeitsstörung freigesprochen, aber in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht worden. Nach 13 Jahren wurde der Gewalttäter in einem Gutachten als nicht mehr gefährlich eingestuft und auf Bewährung aus dem Krankenhaus entlassen. In Freiheit sei er nicht konsequent überwacht und kontrolliert worden.

Volle Schuldfähigkeit

Bei der Tat an der Spreebucht sei der Mann voll schuldfähig gewesen, hieß es nun im Urteil. Das Gericht schloss sich damit einer psychiatrischen Gutachterin an. Die Psychiaterin hatte erklärt, dem Angeklagten seien im Maßregelvollzug viele Therapieangebote gemacht worden. Er habe sich allem entzogen. Seine Entlassung im Juni 2014 sei „aus heutiger Sicht ein grober Fehler“, so Richter Schertz.

Der Angeklagte hatte am zehnten Verhandlungstag sein Schweigen gebrochen und eine Tötungsabsicht zurückgewiesen. Bei freiwilligem Sex habe er die jugendliche „leicht gewürgt im Liebespiel“. Plötzlich habe sie sich nicht mehr bewegt. Er sei stark alkoholisiert gewesen und habe unter Einfluss von Amphetaminen gestanden. Seine Verteidiger plädierten auf eine erhebliche verminderte Schuldfähigkeit. Oberstaatsanwalt Ralph Knispel hatte auf lebenslange Haft und Feststellung der besonderen Schwere der Schuld plädiert. Damit wäre eine Entlassung auf Bewährung nach 15 Jahren im Gefängnis so gut wie ausgeschlossen. dpa

Verteilaktion FFP2-Masken für Bedürftige

Berlin. Zum heutigen Start der FFP2-Maskenpflicht in Berlin will der Senat Bedürftige mit den teureren Masken ausstatten. Insgesamt 1,6 Millionen Masken sollen kostenlos an Menschen mit geringem Einkommen, an Obdachlose und Geflüchtete verteilt werden, wie die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales am Dienstag mitteilte.

Mehr als 600.000 Hauptstadtbewohner haben laut der Senatsverwaltung Anspruch auf die kostenlosen Masken. dpa



Unter Beobachtung: Zwei Männer sitzen am Landwehrkanal in Kreuzberg, am anderen Ufer fährt eine Polizeistreife vorbei. Zu Ostern sind mehr Kontrollen in Berlin angekündigt. Foto: Christoph Söder/dpa

Senat erwägt schärfere Kontaktbeschränkungen

Berlin. Die Berliner Polizei will an den kommenden Tagen und zu Ostern stadtweit verstärkt die Einhaltung der Corona-Regeln kontrollieren. Am Tag und in der Nacht seien zusätzliche Kräfte eingepplant, sagte ein Sprecher am Dienstag. Die Beamten haben dabei auch die Stadtparks im Blick. Nach der aktuellen Corona-Schutzverordnung sind Aufenthalte in Parks erlaubt, allerdings nur mit maximal fünf Angehörigen des eigenen und eines anderen Haushalts plus Kinder unter 14 Jahren.

Bei weiter steigenden Corona-Zahlen kommen auf die Men-

schen in Berlin womöglich schärfere Kontaktbeschränkungen zu. Das machte Gesundheitsministerin Dilek Kalayci (SPD) am Dienstag nach einer Sitzung des Senats deutlich. Dort sei über Möglichkeiten diskutiert worden, „Gruppenbildung auf der Straße“ sowie große Partys zu Hause oder Familienfeiern zu verhindern. Denn diese seien problematisch für die epidemiologische Lage. Kontaktbeschränkungen seien ein Mittel. Weitere Details nannte Kalayci nicht. Es gehe aber um „andere Varianten“ als Ausgangssperren oder Ausgangsbeschränkungen. Zunächst habe der Senat

keine Beschlüsse dazu gefasst. Zuvor seien Gespräche und Abstimmungen mit den Fraktionen im Abgeordnetenhaus geplant.

Wegen der ab heute geltenden Corona-Testpflicht für Kunden vor dem Einkaufen baut der Berliner Einzelhandel eigene Teststellen auf. Mit dem Handel sei vereinbart worden, an Einkaufszentren Testangebote bereitzustellen, sagte Kalayci. Sie habe dabei auch darum gebeten, Teststellen auf Supermarktplätzen einzurichten. Das Know-how dafür und entsprechende Dienstleister stünden zur Verfügung, so die Senatorin. dpa